



Presseschau vom 22.09.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Thomas Röper: Putins Rede zur Verkündung der Teilmobilisierung im O-Ton

Hier finden Sie die komplette Rede, mit der der russische Präsident Putin sich am 21. September an die russische Nation gewandt und die Teilmobilisierung verkündet hat.

<https://www.anti-spiegel.ru/2022/putins-rede-zur-verkuendung-der-teilmobilisierung-im-o-ton/>

Susan Bonath: Bundesministerium für Fake News: Booster-Kampagne der Regierung enthält auch Falschmeldungen

Die neue Impfkampagne der Bundesregierung entpuppt sich als wahre Fake-News-Schleuder. Neben einer bereits entfernten Falschmeldung zur Hospitalisierungsrate lässt sich eine weitere maßlose Übertreibung bezüglich der angebliche ungeimpften Corona-Patienten belegen.

Diese ist vermutlich frei erfunden. ...

<https://kurz.rt.com/37do> bzw. [hier](#)

Tom J. Wellbrock: Grüne Rhetorik am Beispiel Hofreiter: Narzisstisch, aggressiv, realitätsfern

Eine tiefgehende Untersuchung der Psyche von Politikern der Grünen, allen voran Anton Hofreiter, wäre ziemlich aufschlussreich. Selbst als Laie kann man ahnen, dass das Ergebnis verheerend wäre und weitreichende Konsequenzen für die weitere Ausübung der politischen Tätigkeit haben müsste. ...

<https://kurz.rt.com/37dj> bzw. [hier](#)

Uli Gellermann: Verrat an der Nation – Der kalte Kriegswinter 2022

Die Inflation steigt, und es steigen die Preise. Es steigen die Nebenkosten, und es steigt die Gefahr, im ukrainischen NATO-Krieg mehr zu werden als ein Waffenlieferant: Deutschland wird zum Kombattanten. Eine verantwortungslose Regierung führt einen Wirtschaftskrieg gegen Russland – auf Kosten der deutschen Bevölkerung. ...

<https://kurz.rt.com/37ev> bzw. [hier](#)

Bernd Murawski: Der Ukraine-Konflikt – Volksentscheide als Ausweg? Teil 2

Sieben Monate sind seit Beginn der militärischen Spezialoperation Russlands vergangen. Friedensverhandlungen erscheinen weiter entfernt denn je. Trotzdem stellt sich die Frage: Was dürfte die gegnerischen Parteien zu einer Lösung des Konflikts veranlassen, und wie könnte eine Einigung aussehen? ...

<https://kurz.rt.com/37cz> bzw. [hier](#)

Marina Achmedowa: "Halte durch, Kleines" – Julia, der Leidensweg einer unschuldig verhafteten jungen Frau

Sie sagten Julia, man werde sie nur gegen Senzow austauschen. Ihr Strafverfahren war von der Ukraine überhaupt nur inszeniert worden, weil man Menschen brauchte, die sich auf solch einen Austausch einlassen. ...

<https://kurz.rt.com/37ds> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Nach der Teilmobilmachung: Dem Westen bleiben noch elf Tage zum

Einlenken

Spätestens seit dem Beschluss des Reaktors von Energodar ist klar, dass der russische Einsatz in der Ukraine verschärft werden muss. Aber erst das Treffen in Samarkand machte den Weg dazu frei. Eskalation oder nicht – diese Entscheidung liegt jetzt beim Westen. ...

<https://kurz.rt.com/37e0> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Tierschutzorganisation PETA fordert: Kein Sex und keine Kinder für fleischessende Männer!

Wenn es nach der international bekannten Tierschutzorganisation PETA geht, sollten Männer, die Fleisch essen, keinen Sex mehr haben dürfen. Und mehr noch: Jedes nicht geborene Kind spare 58,6 Tonnen CO2-Äquivalente pro Jahr ein, so die Organisation. ...

<https://kurz.rt.com/37fk> bzw. [hier](#)

Bernhard Loya: Loyalität lohnt sich – Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung ehrt Ursula von der Leyen

Die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung würdigt EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen für die "Leitung der EU" und ihre "Entschlossenheit bei der weltweiten Reaktion auf die COVID-19-Pandemie". Eine Belohnung für die Weigerung, Informationen zum Impfstoffgeschäft zwischen der EU und dem US-Pharmakonzern Pfizer preiszugeben? ...

<https://kurz.rt.com/37f0> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:29 de.rt.com: Medienberichte: Niederländischer Söldner stirbt in Kiewer Krankenhaus

Wie die Zeitung [la Repubblica](#) berichtet, wurde ein niederländischer Söldner der Internationalen Legion, Benjamin Giorgio Galli, im Gebiet Charkow bei einer Offensive der ukrainischen Streitkräfte getötet.

Der [Telegram-Kanal Rybar](#) berichtet seinerseits, dass der 27-jährige Drechsler italienischer Abstammung zwar keine militärische Erfahrung habe, aber problemlos am 3. März der Internationalen Legion beitreten konnte. Galli kämpfte seither in Richtung Charkow, wo er während einer kürzlichen Offensive der ukrainischen Streitkräfte unter Artilleriebeschuss schwer verwundet wurde.

Am 19. September starb er in einem Kiewer Krankenhaus. Gallis Eltern reisten nach Kiew, um seinen Leichnam und einen Dankesbrief an ihren Sohn von seinem Kommandeur, Major Bogdan Moltschanow, abzuholen, so der Telegram-Kanal Rybar.

Zuvor, am 4. Mai dieses Jahres war ein anderer niederländischer Söldner, Ron Fogelaar, im selben Gebiet Charkow durch Granatenbeschuss getötet worden.

20:37 de.rt.com: Sky News: Im Donbass zum Tode verurteilte britische Söldner wieder frei

Die im Donbass zum Tode verurteilten britischen Söldner sowie einige Staatsbürger anderer westlicher Länder sind am Mittwoch nach Saudi-Arabien ausgeflogen worden und befinden sich wieder auf freiem Fuß. Die Hintergründe der Aktion sind noch unklar.

Der britische Nachrichtensender [Sky News](#) meldete am Abend unter Berufung auf Premierministerin Liz Truss, dass die fünf im Donbass inhaftierten und teilweise bereits zum Tode verurteilten britischen Söldner wieder auf freiem Fuß seien.

Von russischer Seite [bestätigte](#) dies der Militärexperte Boris Roschin. Er veröffentlichte Fotos der britischen Staatsbürger bei ihrer Landung in Saudi-Arabien. Nach Angaben Roschins handelt es sich um eine von Saudi-Arabien vermittelte Austauschaktion. Nähere

Informationen über die mögliche Gegenleistung des Austauschs lagen zunächst nicht vor. Die Briten Aiden Aslin und Shaun Pinner sowie ein marokkanischer Staatsangehöriger, der ebenfalls auf den Aufnahmen von heute Abend nach der Landung in Riad zu sehen ist, waren am 9. Juni durch den Obersten Gerichtshof der Volksrepublik Donezk (DVR) zum Tode verurteilt worden. Der Gerichtshof hatte die drei Söldner der Teilnahme an der "bewaffneten Aggression der Ukraine gegen die Donezker Volksrepublik" für schuldig befunden. Die Söldner hatten sich Mitte April den Streitkräften der DVR in der Stadt Mariupol ergeben, in der es zuvor zu wochenlangen heftigen Gefechten zwischen den ukrainischen Kämpfern und den verbündeten Truppen Russlands und der DVR gekommen war. Sky News meldete weiter, dass die britische Regierungschefin dem ukrainischen Präsidenten Selenskij ihren Dank aussprach. Welche Rolle Selenskij bei der Freilassung der britischen Staatsangehörigen spielt, ist allerdings bislang unklar.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632b6c9bb480cc19c5311c8a.jpg>
Die Briten Aiden Aslin und Shaun Pinner und der Marokkaner Saadun Brahim während der Gerichtsverhandlung in Donezk (Juni 2022)

21:10 de.rt.com: **Lawrow: USA stehen kurz davor, Partei im Ukraine-Konflikt zu werden**
Die USA stehen kurz davor, selbst Partei in dem Konflikt in der Ukraine zu werden. Dies hat der russische Außenminister Sergei Lawrow mitgeteilt. In einem Interview mit der Zeitschrift Newsweek sagte er:

"NATO- und US-Waffen beschießen russisches Territorium an der Grenze zur Ukraine und töteten dort Zivilisten. Das Pentagon macht keinen Hehl daraus, dass es Kiew nachrichtendienstliche Informationen und Zielanweisungen für Angriffe gibt."

Er wies darauf hin, dass Moskau die Anwesenheit von US-Söldnern und Beratern "auf dem Schlachtfeld" registriere. Der Minister fügte hinzu:

"Die USA stehen kurz davor, selbst Partei in diesem Konflikt zu werden."

Darüber hinaus liefern die USA und andere westliche Länder Waffen und militärische Ausrüstung an die Ukraine und bilden Personal der ukrainischen Streitkräfte aus. Lawrow sagte:

"Dies bezieht sich auf Ihre Frage nach dem Risiko eines direkten Zusammenstoßes zwischen Atommächten."

Die Ziele der militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine bleiben gültig und werden erfüllt, egal wie lange es dauert, sagte Lawrow. Er fügte hinzu:

"Ihre Ziele sind bekannt: Schutz der Bevölkerung des Donbass, Beseitigung der Bedrohung der Sicherheit Russlands, Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine. Alle diese Ziele bleiben relevant und werden erfüllt, egal wie lange es dauert."

Washington sei nicht daran interessiert, Frieden und Ruhe in der Ukraine herzustellen, so der russische Außenminister. Lawrow erklärte:

"Dies wurde bereits im März deutlich, als Moskau und Kiew kurz vor einer Einigung standen. Eine solche Wendung der Ereignisse hat die US-Amerikaner und die Briten eindeutig erschreckt, und sie haben der Ukraine den weiteren Dialog mit Russland faktisch untersagt. Seitdem haben die ukrainischen Behörden den Verhandlungsprozess vermieden."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632b5b7448fbef48e131736e.jpg>

21:47 de.rt.com: **Proteste in russischen Städten gegen Teilmobilmachung**

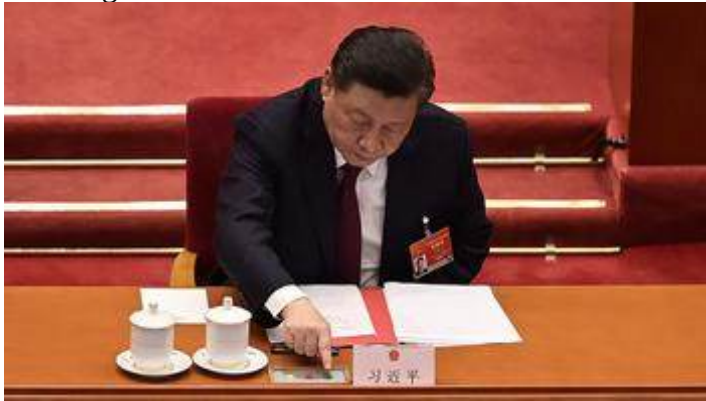
In vielen russischen Städten fanden Proteste gegen die am 21. September angekündigte Teilmobilmachung statt. Unbestätigten Berichten zufolge sollen rund 1.000 Menschen festgenommen worden sein. Die meisten Festnahmen sollen in Moskau, Sankt Petersburg und Jekaterinburg durchgeführt worden sein. Zuvor hatten die Anhänger des russischen Oppositionellen Alexei Nawalny russische Bürger dazu aufgerufen, gegen die Teilmobilmachung in jeder Form zu protestieren, auch indem man Militärkommissariate in Brand setzt.

21:52 de.rt.com: **Xi Jinping: Chinesisches Militär sollte Fokus auf Kriegsvorbereitung richten**

Der chinesische Staatschef Xi Jinping hat das Militär aufgefordert, sich auf die Vorbereitung von Militäreinsätzen zu konzentrieren. Vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Taiwan-Krise betonte Xi Jinping, dass die Ziele der Armeereform erreicht werden sollen. Die chinesische Volksbefreiungsarmee soll ihren Schwerpunkt auf die Vorbereitung von Kriegshandlungen legen. Dies erklärte der Staatspräsident der Volksrepublik China, Xi Jinping, auf einer Konferenz über die Landesverteidigung und Militärreform in Peking. Die lokale Nachrichtenagentur Xinhua zitierte das chinesische Staatsoberhaupt mit den Worten: "Es ist notwendig, erfolgreiche Reformerfahrungen sorgfältig auszuwerten und anzuwenden, sich in der neuen Situation und den Anforderungen an die Aufgaben zurechtzufinden, sich auf die Vorbereitung zum Krieg zu konzentrieren und den Mut zur Erforschung und Einführung von Innovationen zu haben."

Xi Jinping bezeichnete die Verbesserungen durch die Reform der chinesischen Landesverteidigung und der Streitkräfte als einen historischen Erfolg, da die Volksarmee nun über ein neues System und eine neue Struktur verfüge. Der Staatschef wies zudem die Vertreter der Zentralen Militärkommission, der Bewaffneten Volkspolizei und der chinesischen Militärakademien an, mit der Planung der nächsten Militärreform zu beginnen. Angekündigt worden war die umfangreiche Militärreform im Jahr 2015. Im Zuge der Reform sollten alle Teilstreitkräfte unter einem einzigen Militärkommando vereint werden, dessen Einrichtung bis 2020 geplant war. Vorgesehen war auch die Gründung von "Elitekampfeinheiten".

Die Rede Xi Jinpings erfolgte in der Zeit einer angespannten Situation um Taiwan. Am 21. September erklärte Shi Yi, der offizielle Vertreter des Kampfkommandos für die Ostzone, dass die chinesischen Einheiten nach der Passage von US-amerikanischen und kanadischen Marineschiffen in der Straße von Taiwan weiterhin eine hohe Kampfbereitschaft aufrechterhalten. Shi Yi betonte, dass die chinesischen Truppen allen Bedrohungen entgegentreten und bereit seien, die staatliche Souveränität und territoriale Integrität zu verteidigen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632b493848fbef083d5e85ec.jpg>

22:30 de.rt.com: **Biden wirft Russland vor, Ukraine und Ukrainer "auslöschen" zu wollen**

Die Vorwürfe gegen Russland und die Spekulationen darüber, welche Absichten das Land im Ukraine-Konflikt verfolgt, wachsen ins Grenzenlose. Am Mittwoch beschuldigte US-Präsident Joe Biden Russland vor der UN-Generalversammlung, die Ukraine und die Ukrainer "auslöschen" zu wollen. Er berief sich auf Worte Putins, die so nie gefallen sind. In seiner Rede vor der UN-Vollversammlung in New York am Mittwoch unterstellte der US-amerikanische Präsident Joseph Biden Russland, die Ukraine als Land und die Ukrainer als Nation auslöschen zu wollen.

Wörtlich sagte Biden:

"Lasst uns Klartext reden: Ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen hat sein Nachbarland überfallen. Es versuchte, einen souveränen Staat von der Weltkarte auszuradieren. Russland hat schamlos gegen die Kernbestimmungen der UN-Charta verstoßen. Es gibt keine wichtigere [Regel] als das Verbot, das Gebiet eines Nachbarstaates mit Waffengewalt zu übernehmen. Nochmals: Gerade eben hat Präsident Putin nukleare Drohungen ausgesprochen – in rücksichtsloser Missachtung der Bestimmungen des Nichtverbreitungs-Regimes."

Biden leugnete ferner, dass die Expansion der NATO bis an die russischen Grenzen und die von Moskau beklagte militärische Hochrüstung der Ukraine nach 2014 Russland gefährdete und eine Ursache für den russisch-ukrainischen Konflikt setzte. Niemand habe Russland bedroht, den Streit habe allein Russland provoziert:

"Nun beruft Russland mehr Soldaten ein, die in den Kampf ziehen sollen, und der Kreml organisiert ein beschämendes Referendum, um Teile der Ukraine zu annektieren. ... Putin behauptet, dass er handeln musste, weil Russland bedroht wurde. Doch niemand hat Russland bedroht. Niemand außer Russland suchte Streit."

Im weiteren Verlauf seiner Rede zitierte Biden angebliche Aussagen aus Reden des russischen Präsidenten. Aus diesen Passagen meinte er herleiten zu können, dass Russland die Ukraine als Staat und Volk "auslöschen" wolle. So berief sich Biden etwa auf die angeblichen Äußerungen Wladimir Putins, Russland habe die Ukraine gegründet und die Ukraine keine echte Staatlichkeit erlangt.

Biden will darin "zwei Ziele Putins" erkannt haben, die er wie folgt zusammenfasste: "Dieser Krieg hat die Auslöschung des Rechts der Ukraine, als ein Staat zu existieren, zum Gegenstand. Klar und einfach. Und das Recht der Ukraine, als ein Volk zu existieren." Von russischer Seite [reagierte](#) inzwischen die Sprecherin des Außenministeriums, Maria Sacharowa, auf die Unterstellungen Bidens. Sie schrieb in den sozialen Netzwerken: "Ich höre Biden bei der UN-Generalversammlung zu. Er zitiert Putin. Aber das (was er zitiert) hat Putin nie gesagt. Wer hat den US-Präsidenten schon wieder reingelegt? Wer stellt ihm damit eine Falle? Es ist offensichtlich, dass der amerikanische Präsident selbst nicht in der Lage ist, komplexe Themen zu analysieren oder zu durchdenken. Aber man darf nicht so schamlos sein, seine menschliche Schwäche für eindeutig nicht edle Zwecke auszunutzen!"



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632b5bb8b480cc1a0a6f4031.jpg>

Joe Biden vor der UN-Vollversammlung, 21. September 2022

22:34 de.rt.com: **Nicht willkommen: Nachbarstaaten wollen keine Russen aufnehmen, die vor Mobilmachung fliehen**

Nachdem der russische Präsident Wladimir Putin am Mittwoch eine Teilmobilmachung von Reservisten angekündigt hat, haben einige Nachbarstaaten eilig mitgeteilt, dass sie russischen Bürgern, die vor der Mobilmachung fliehen, kein Asyl bieten werden.

Der an Russland grenzende NATO-Mitgliedstaat Lettland erklärte kurz nach der vom russischen Präsidenten verkündeten Teilmobilmachung, dass keinen Russen, die ihr Land verlassen, Asyl oder Zuflucht geboten werde. Begründet wurde die Entscheidung mit Sicherheitserwägungen.

"Aus Sicherheitsgründen wird Lettland keine humanitären oder andere Arten von Visa für russische Bürger ausstellen, die sich der Mobilisierung entziehen", schrieb der lettische Außenminister Edgars Rinkēvičs auf Twitter.

Auch der finnische Verteidigungsminister Antti Kaikkonen teilte mit, dass man die Situation im benachbarten Russland genau beobachte und dass die Visapolitik für russische Bürger womöglich verschärft werden könnte.

"Was die Umgebung Finnlands betrifft, so kann ich sagen, dass die militärische Lage stabil und ruhig ist", erklärte Kaikkonen. "Unsere Verteidigungskräfte sind gut vorbereitet und die Situation wird genau beobachtet."

In einer Fernsehansprache am Mittwoch hatte Wladimir Putin die Teilmobilmachung der eigenen Streitkräfte angekündigt und westliche Staaten gewarnt, dass Russland alle zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen werde, um die territoriale Integrität des Landes samt der von der Ukraine beanspruchten Gebiete zu schützen.

Der Rat der Europäischen Union nahm am 9. September einen Vorschlag zur vollständigen Aussetzung des Abkommens mit Russland über Visaerleichterungen an, das seit 2007 in Kraft war. Für russische Staatsbürger wurde die Beantragung eines Schengen-Visums damit teurer und schwieriger.

Estland, Lettland, Litauen und Polen kamen darin überein, dass dies nicht ausreiche, und

haben zu Beginn dieser Woche die Einreise für Menschen aus Russland weiter beschränkt. Russische Staatsbürger mit einem Schengen-Visum für touristische Aufenthalte, Geschäftsreisen, Sport- und Kulturveranstaltungen dürfen seit Montag nicht mehr in die vier EU- und NATO-Länder einreisen - unabhängig davon, durch welchen Mitgliedstaat das Visum ausgestellt wurde.

Bestimmte Ausnahmen galten bislang jedoch etwa für Russen mit Wohnsitz, Aufenthaltsrecht oder Verwandten im Zielland sowie aus humanitären Gründen.

Finnland hat am Dienstag in einem Schreiben die Europäische Kommission um eine gemeinsame Empfehlung für alle Schengen-Mitgliedstaaten zur Annullierung von Visa für russische Staatsbürger angefragt. "Finnland bittet um eine Empfehlung, wonach die Schengen-Länder bei der Verhinderung der Einreise russischer Staatsbürger an ihren Grenzen gleichzeitig entweder das Visum der betreffenden Person für ungültig erklären oder aufheben oder ein Einreiseverbot gegen sie verhängen, wie es in den Schengen-Ländern üblich ist", hieß es in einer Pressemitteilung des finnischen Außenministeriums, über die SchengenVisaInfo.com berichtete.

Der Mitteilung zufolge haben finnische Behörden in ihrem Schreiben die Kommission aufgefordert, die Mitgliedstaaten zu ermächtigen, Visa russischer Staatsbürger, die an einer der Schengen-Grenzen abgewiesen werden, entweder zu annullieren oder sie als verbotene Personen in das Schengener Informationssystem (SIS) aufzunehmen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632b4865b480cc191950e204.jpg>

Lettische Grenze zu Weißrussland, November 2021

0:02 (13:02) novorosinform.org: **Ukrainische Streitkräfte griffen das Fährterminal in Cherson an**

Ukrainische Kämpfer haben in Cherson auf einen Lastkahn geschossen, der als Fähranlegeplatz diente, teilten die Rettungsdienste der Stadt gegenüber RIA-Nowosti-Korrespondenten mit.

Der Liegeplatz der Fähre über den Dnjepr im Zentrum von Cherson wurde am Mittwochabend von den Streitkräften der Ukraine beschossen. Der Lastkahn war zu diesem Zeitpunkt nicht in Betrieb, so dass es keine Verletzten infolge des Aufpralls gab.

„Im Zentrum von Cherson, gab es einen Treffer auf einem Lastkahn, der als Liegeplatz für eine Fährüberfahrt über den Dnjepr diente, gab es keine Opfer, zu diesem Zeitpunkt arbeitete die Fähre nicht“, zitiert die Veröffentlichung die Worte eines Vertreters der Chersoner Notdienste.

Der Gesprächspartner betonte, dass dieser Übergang ausschließlich von der Zivilbevölkerung genutzt werde, weshalb die Streitkräfte der Ukraine gezielt auf die zivile Infrastruktureinrichtung schossen.



https://www.novorosinform.org/content/images/38/62/53862_720x405.jpg

vormittags:

6:30 de.rt.com: Stoltenberg: Russland kann Atomkrieg nicht gewinnen

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat sich zu den Aussagen des russischen Präsidenten Wladimir Putin über den Einsatz atomarer Waffen geäußert. Stoltenberg erklärte, ein Atomkrieg sei generell nicht zu gewinnen, ganz besonders aber nicht von Russland. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat am 21. September gegenüber [Reuters](#) erklärt, dass Russland einen Atomkrieg nicht gewinnen könne. Ein derartiger Krieg sei generell nicht zu gewinnen, betonte der NATO-Chef, ganz besonders aber von Russland nicht. Bezugnehmend auf die Worte des russischen Staatschefs Wladimir Putin teilte Stoltenberg mit:

"Er weiß sehr gut, dass ein Atomkrieg niemals geführt werden darf und nicht gewonnen werden kann und dass er beispiellose Folgen für Russland haben wird."

Auf die Frage, wie die NATO im Falle eines russischen Atomwaffeneinsatzes reagieren würde, antwortete Stoltenberg, dies hänge von den Umständen ab. Im Kontakt mit Moskau habe die NATO jedoch deutlich gemacht, dass "ein Atomkrieg von Russland nicht gewonnen werden kann".

Bisher habe die NATO keine Veränderung des Bereitschaftszustands der russischen Nuklearstreitkräfte festgestellt. Man beobachte die Situation aber weiterhin genau, so der NATO-Generalsekretär weiter. Stoltenberg wies auch darauf hin, dass die Allianz Truppen an ihren östlichen Grenzen aufstelle, um mögliche Fehleinschätzungen oder Missverständnisse zu beseitigen.

Weiter betonte der NATO-Chef, dass der russische Präsident in Bezug auf die Ukraine einen "strategischen Fehler" begangen habe und dass der Konflikt nicht nach Putins Plan verlaufe. Er fügte hinzu, dass die russischen Streitkräfte schlecht ausgerüstet seien und Probleme mit der Führung, Kontrolle und Versorgung hätten, während die Ukraine die einheitliche Unterstützung des kollektiven Westens genießt, die Russland "völlig unterschätzt" habe. Wladimir Putin unterstrich in seiner Rede am Morgen des 21. September, Moskau werde alle zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um die territoriale Integrität des Landes zu verteidigen – einschließlich der nuklearen Abschreckung im Falle eines Angriffs auf das Land mit Massenvernichtungswaffen. Putin betonte, dass er in dieser Hinsicht "nicht blufft".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632b6831b480cc1b945a9e42.jpg>

6:55 de.rt.com: **Finnland bereitet vollständiges Einreiseverbot für russische Bürger vor**
 Finnland will kein Transitland für Russen mit Schengen-Visum mehr sein. Dies erklärte Außenminister Pekka Haavisto auf einer Pressekonferenz in New York. Vor diesem Hintergrund hat das Land vor, ein totales Einreiseverbot über russische Bürger zu verhängen. Finnland will ein vollständiges Einreiseverbot für russische Bürger einführen. Dies berichtet die finnische Zeitung Iltalehti unter Berufung auf den Außenminister des Landes Pekka Haavisto, der am Mittwoch auf einer Pressekonferenz im Rahmen der UN-Generalversammlung in New York sprach. Die Nachrichtenagentur zitiert den finnischen Chefdiplomaten:

"Wir haben heute beschlossen, eine nationale Entscheidung darüber vorzubereiten, wie wir diesen Touristenstrom einschränken oder ganz verhindern können."

Haavisto wies darauf hin, dass Experten aus verschiedenen Ministerien unter der Leitung des Außenministeriums mit der Ausarbeitung der Maßnahme bereits begonnen haben. Der Außenminister unterstrich, dass Finnland kein Transitland für russische Bürger sein wolle: "Finnland will kein Transitland sein, auch nicht für Russen mit Schengen-Visa, die von anderen Ländern ausgestellt wurden. Nun wollen wir die Kontrolle über diese Bewegungen übernehmen."

Ferner hieß es, dass die Angelegenheit in naher Zukunft im Parlament diskutiert werde. Der finnische Außenamtschef betonte auch, dass er das Thema wiederholt auf EU-Ebene angesprochen habe, da es "keine moralischen oder ethischen Gründe dafür gibt, dass russische Touristen weiterhin in den Urlaub fahren, als ob nichts geschehen wäre".

Finnland ist bisher das einzige Land der Europäischen Union, in das Russen über die Landgrenze einreisen können. Am 19. September trat ein Beschluss Estlands, Lettlands, Litauens und Polens in Kraft, russischen und weißrussischen Staatsbürgern mit Schengen-Visa, die von anderen EU-Mitgliedern ausgestellt wurden, die Einreise zu verbieten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632b78a448fbef40d51854eb.jpg>

Der finnische Außenminister Pekka Haavisto

7:00 de.rt.com: **"Wenn ihr heute nicht aufhört, werdet ihr morgen Probleme haben" – Duma-Sprecher Wolodin an EU**

Wjatscheslaw Wolodin, der Sprecher der russischen Staatsduma, äußerte am Mittwoch auf einer Plenarsitzung die Absicht, umgehend einen Appell an das Europäische Parlament zu verfassen, worin die russische Position zur militärischen Sonderoperation in der Ukraine erläutert wird.

Wolodin richtete eine klare [Botschaft](#) an die EU:

"Sie müssen endlich begreifen: Wenn sie nicht aufhören, Waffen und Söldner an die Ukraine zu liefern, werden sie morgen Probleme haben, die viel ernster erscheinen werden als die, die sie jetzt haben. Das muss klargestellt werden."



<https://thumbs.odycdn.com/082d7f40ef2926babfe1a6db74427c30.webp>

7:33 de.rt.com: **Selenskij lehnt Friedensgespräche mit Russland ab**

In einer Videoansprache vor der UN-Generalversammlung am Mittwoch lehnte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij Verhandlungen mit Russland ab. Dabei ging er auf die angekündigten Abstimmungen in den Donbass-Republiken und den Gebieten Saporoschje und Cherson ein und bezeichnete diese als "Pseudo-Referenden":

"Was die Gespräche zwischen der Ukraine und Russland betrifft, so haben Sie wahrscheinlich Worte aus Russland über mögliche Gespräche gehört. So als wären sie bereit dafür. Sie sprechen über die Gespräche, kündigen jedoch eine militärische Mobilisierung an. Sie sprechen über die Gespräche, kündigen jedoch Pseudo-Referenden an."

Eine Lösung, die der von der Ukraine vorgelegten "Friedensformel" widerspreche, sei ausgeschlossen:

"Diejenigen, die von Neutralität sprechen, meinen etwas anderes. Sie geben vor, jemanden zu schützen, aber in Wirklichkeit schützen sie nur ihre persönlichen Interessen."

Moskau hat wiederholt erklärt, dass man zu Gesprächen mit Kiew bereit ist. Eine friedliche Lösung des Konflikts in der Ukraine passe den westlichen Ländern jedoch nicht. Deshalb sei Kiew befohlen worden, die Verhandlungen zu stören, so der Kreml.

7:59 de.rt.com: **"Wir werden diese sogenannten Referenden niemals anerkennen" – EU zu den Abstimmungen in der DVR, der LVR, Cherson und Saporoschje**

Der Sprecher der Europäischen Kommission, Eric Mamer, erklärte am Mittwoch auf einer Pressekonferenz in Brüssel, dass die Europäische Union die Legitimität der bevorstehenden Abstimmungen in den Regionen Donbass, Cherson und Saporoschje [ablehnen](#) werde.

Peter Stano, der außenpolitische Sprecher der Europäischen Kommission, sagte, dass die Ukraine das Recht habe, die Gebiete mit Gewalt zurückzuerobern, unabhängig von der Abstimmung.

Stano erklärte außerdem, dass der russische Präsident Wladimir Putin mit der Mobilisierung

des Militärs einen weiteren Beweis dafür geliefert habe, "dass er nicht am Frieden interessiert ist, sondern daran, seinen Angriffskrieg zu eskalieren".

Putin kündigte am Mittwoch die teilweise Mobilisierung von 300.000 Reservisten an, um die Souveränität sowohl Russlands als auch der abtrünnigen Regionen zu schützen. Er versprach außerdem, die Ergebnisse der Wahlen zu unterstützen, und beschuldigte den Westen, zu versuchen, "souveräne unabhängige Entwicklungszentren zu blockieren und zu unterdrücken".

Am Dienstag gaben die lokalen Regierungen der Volksrepubliken Lugansk und Donezk (LVR und DVR) sowie von Cherson und Saporoschje ihre Pläne für die Abstimmung über den Beitritt zu Russland bekannt, die vom 23. bis 27. September stattfinden soll.



<https://thumbs.odycdn.com/95b93184ab8cdf6716f5288904d6708.webp>

8:31 de.rt.com: **Hohe Terrorwarnstufe im Gebiet Belgorod verlängert**

Die hohe Terrorwarnstufe Gelb im russischen Gebiet Belgorod an der Grenze zur Ukraine wird bis zum 7. Oktober verlängert. Der Gouverneur der Region Wjatscheslaw Gladkow gab diesbezüglich auf Telegram bekannt:

"Seit dem heutigen Tag und bis zum 7. Oktober verlängern wir die 'gelbe' Terrorwarnstufe. Ebenfalls bis zum 7. Oktober wird das Verbot auf Abfeuern von Knallkörpern und Feuerwerken verlängert."

Die hohe Terrorwarnstufe war im Gebiet Belgorod am 11. April eingeführt und seitdem mehrmals verlängert worden. Seit Beginn des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine kam es mehrmals zum Beschuss von Grenzdörfern durch Kiews Militär. In mehreren Siedlungen wurde der Notstand ausgerufen.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 22.09.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 35 Mann;
- 5 Schützenpanzerwagen;
- 2 dauerhafte Feuerpunkte;
- 7 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner setzt den Beschuss von Objekten der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR fort.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Troizkoje, Nowoajdar und Swatowo** unter Einsatz von amerikanischen Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS **beschossen** und 18 Raketen abgefeuert.

Infolge des Beschusses

- **starb in Nowoajdar ein Zivilist, geb. 1994, einer wurde verletzt**, ein Wohnhaus, ein Schulgebäude und das Wohnheim des Nowoajdarer Agrarcolleges, ein Dünger- und Landwirtschaftstechniklager, 8 Stück Landwirtschaftstechnik, 2 Autos und ein Lastwagen wurden zerstört, 4 Wohnhäuser wurden beschädigt;

- **starb in Swatowo ein Zivilist und 7 wurden verletzt**. Ein Verwaltungsgebäude und die Garage der Abteilung von Luganskgas in Swatowo wurden zerstört;

- **wurde in Troizkoje eine Einwohnerin, geb. 1950 verletzt**, ein Mehrparteienwohnhaus wurde teilweise zerstört, 4 Mehrparteienwohnhäuser, ein Fernsehturm und eine Molkerei wurden beschädigt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik wird wieder ein friedliches Leben aufgebaut.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 21. September haben sie mehr als 7 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Ustinowka und Toschkowka zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

9:09 de.rt.com: **Duma-Pressesprecher Wolodin: Abgeordnete von Teilmobilmachung nicht ausgenommen**

Russische Abgeordnete, die den Anforderungen der Teilmobilmachung erfüllen, erhalten keine grundsätzliche Freistellung. Dies erklärte der Pressesprecher der Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin. Er [schrieb](#) auf Telegram:

"Wer die Anforderungen der Teilmobilmachung erfüllt, muss an der speziellen Militäroperation teilnehmen. Abgeordnete erhalten keine Freistellung."

Parallel dazu wies Wolodin darauf hin, dass die am 21. September vom Präsidenten Putin erklärte Teilmobilmachung nur Reservisten mit Kampferfahrung und bestimmter militärischer Ausbildung unterliegen. Er erklärte:

"Die Teilmobilmachung wird sich auf 99 Prozent der Mobilisierungsreserve nicht erstrecken: diejenigen, die keinen Kriegsdienst geleistet haben, die über keine Kampferfahrung verfügen, die an Hochschulen studieren."

Zuvor hatte Russlands Verteidigungsminister Schoigu angekündigt, etwa 300.000 Reservisten einzuziehen.

10:13 (9:13) [novorosinform.org](#): **Russische Truppen bereiten sich darauf vor, erbeutete Waffen der Streitkräfte der Ukraine im Kampf einzusetzen – Verteidigungsministerium**

Das Verteidigungsministerium veröffentlichte ein Video, das die Restaurierung erbeuteter ukrainischer Panzerfahrzeuge durch russisches Militärpersonal zeigt.

Das Filmmaterial zeigt, dass die russischen Streitkräfte während der Spezialoperation einen in der Ukraine hergestellten BTR-ZU, der zusätzlich mit westlichen Waffen ausgerüstet war, und einen BMP-2, der aus osteuropäischen Ländern geliefert wurde, erbeuteten.

"Ukrainische Kämpfer haben den gepanzerten Personentransporter verlassen, sind weggelaufen, haben ihre Kleidung, Jacken, also Shorts, zurückgelassen. Seit heute sind wir dabei, sie in aller Ruhe zu restaurieren, zu beherrschen und auf den Einsatz im Kampf vorzubereiten.", bemerkte der Richtschütze Artjom zu dem veröffentlichten Filmmaterial. Der stellvertretende Kommandeur des Bataillons stellte in dem Video fest, dass er allein am ersten Tag der Kämpfe fünf Schützenpanzer und einen MTLB ausgeschaltet habe.



https://www.novorosinform.org/content/images/38/84/53884_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 22.09.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **296 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „HIMARS“ und BM-21 „Grad“, Panzern, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses **starb ein Zivilist und 8 wurden verletzt**. 26 Häuser und 5 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 1 Panzer T-72, 2 Drohnen, 3 Panzerfahrzeuge. Die Verluste unter dem Personal des Gegners betragen mehr als 20 Nationalisten.

Derzeit gehen Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Wir wenden uns an alle Bürger, wenn Sie Augenzeugen von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer werden, versuchen Sie, verdeckt Videos oder Fotos von diesen Sachverhalten zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach der Absendung der genannten Informationen über den offiziellen Informations-Bot der Volksmiliz der DVR in Telegram werden diese Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung ukrainischer Kriegsverbrecher mit der ganzen Strenge des Gesetzes verwendet werden.

9:49 de.rt.com: **Russischer Geheimdienst verhindert ukrainischen Terroranschlag auf Pipeline**

Russlands Inlandsgeheimdienst FSB hat eine von ukrainischen Geheimdiensten initiierte Sprengung einer Gasleitung verhindert. Das Kommunikationszentrum der Behörde gab diesbezüglich bekannt:

"Nach einer Reihe von Fahndungsarbeiten wurde der Versuch eines terroristischen Anschlags an einem Objekt des Erdöl- und Gaskomplexes verhindert, der Energieträger nach Europa und in die Türkei liefert."

Nach Angaben des FSB wurde ein vom ukrainischen Geheimdienst SBU angeworbener Mann des Jahrgangs 1978 verhaftet, als er zwei selbstgebaute Sprengladungen aus einem Versteck herausbrachte. Auf dem Telefon des Verhafteten seien Meldungen von einem ukrainischen Kurator, Instruktionen zum Bau der Bombe und Koordinaten für den Anschlagort gefunden worden. Die Behörde veröffentlichte eine [Videoaufnahme](#) der Verhaftung. Außerdem wurden vier weitere russische Staatsbürger verhaftet, denen eine Unterstützung der Vorbereitung des Anschlags vorgeworfen wird.

10:30 de.rt.com: **Russland will Produktion von Su-57-Jägern beschleunigen**

Die Produktion der Jagdflugzeuge der fünften Generation vom Typ Su-57 soll beschleunigt werden, Russlands Luftstreitkräfte werden eine neue Partie dieser Flugzeuge in nächster Zeit erhalten. Dies folgt aus einer Pressemitteilung des russischen Staatsunternehmens Rostec. Der Geschäftsführer des Konzerns Sergei Tschemesow erklärte während eines Besuchs des Gagarin-Flugzeugwerks in Komsomolsk am Amur:

"Die Jagdflugzeuge befinden sich in einem hohen Fertigungsstadium, und das Produktionstempo wird beschleunigt werden."

Die Flugzeugproduktion soll unter anderem mit Hilfe von Modernisierung der Fertigungsmethoden, dem Bau neuer Produktionsanlagen und der Anschaffung moderner Ausrüstung gesteigert werden, so Rostec weiter.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632c1af7b480cc7fc54fdc23.jpg>

Ein Su-57-Jagdflugzeug am Flugplatz Kubinka während des Internationalen militärtechnischen Forums, Aufnahme vom 20. August

11:06 de.rt.com: **Behörden von Melitopol melden Explosion neben Zentralmarkt**

In der Stadt Melitopol im Gebiet Saporoschje hat sich in der Nähe des zentralen Marktes eine Explosion ereignet. Dies [berichtete](#) Wladimir Rogow, Vorsitzender der Bewegung "Wir sind zusammen mit Russland", auf seinem Telegram-Kanal. Wörtlich hieß es:

"Es ist laut in Melitopol! Einwohner und Gäste der Stadt konnten eine einzelne laute Explosion hören. Nach vorläufigen Informationen ereignete sich die Explosion im Bereich des Zentralmarkts. Die Informationen werden derzeit geklärt. Details kommen später."

Polizei und Rettungsdienste seien vor Ort, so Rogow weiter. Nach Angaben des Gesundheitsamts des Gebiets Saporoschje gebe es sechs Verletzte:

"Bei der Explosion in der Nähe des Zentralmarktes von Melitopol wurden sechs Menschen verletzt. Alle Verletzten werden entsprechend medizinisch versorgt."

Ferner präzisierte Wladimir Rogow, dass es sich bei der Explosion um einen Terroranschlag der ukrainischen Sicherheitsdienste handele, mit dem die Zivilbevölkerung im Vorfeld des

Referendums eingeschüchtert werden solle. Rogow unterstrich:

"Aber wir lassen uns davon nicht einschüchtern, die Entscheidung wird auf jeden Fall getroffen werden. Solche Sachen überzeugen uns nur davon, dass wir das Richtige tun."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632c2217b480cc0586124e12.jpg>

11:34 de.rt.com: **Orbán fordert Aufhebung der antirussischen Sanktionen bis Ende des Jahres**

Eine Aufhebung der europäischen Sanktionen gegen Russland würde für Preissenkungen und Inflationsrückgang in Europa sorgen sowie helfen, die Wirtschaft anzukurbeln und eine Rezession zu vermeiden. Dies erklärte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán. Nach Angaben der Zeitung [Magyar Nemzet](#) sagte er:

"Wenn die Sanktionen aufgehoben werden, würden die Preise um ein Zweifaches fallen, auch die Inflation würde sich verringern. Ohne Sanktionen würde sich Europas Wirtschaft erholen und könnte die drohende Rezession vermeiden."

Orbán führte Europas Probleme in Bezug auf Wirtschaft, Inflation und Energieversorgung wiederholt auf die Sanktionen zurück:

"Als Brüssel am Anfang des Sommers Sanktionen verhängte, versprachen die Eurobürokraten, dass die Sanktionen Russland und nicht Europa schaden werden. Inzwischen wurde klar, dass die verhängten Sanktionen Europa mehr als Russland schaden."

Der Ministerpräsident rief die Mitglieder der ungarischen Regierungskoalition dazu auf, alles zu tun, um eine Aufhebung der EU-Sanktionen bis zum Jahresende zu erwirken.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632c2a7248fbef45685c6dbc.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Zum Stand am 22. September

2022 hat die Truppengruppierung der DVR und der LVR mit Feuerunterstützung der Streitkräfte der RF Showanka befreit.

Unsere Truppen setzen die Offensive in mehreren Richtungen fort!



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/JbScSrI3Tur5Q4nSy-EMRwkz0owc4-DSOTPSyynHkyS9p_rzga8ONcDJVj-XfE80Y0opGC2rh4PhqD0Ij8MFCTm0GWmW7ql2RgRDbZBpZKJyF9ZRBdkJtNTQXxzhJ_O0azoWzMQXNknCuKWhtQ0AuaG5xDpxycHjiqDR8bG6xKlxlZHWTXlexBNnW-xN7p0wtLIXLXRkYBvxobtmlW5Zmju_Y5Hnc6u6XEkXizC8aZgubNpMN6HVah2-TMiVVYJl-KlpZmqCAR8kF7cf7WwWsjRc4qYOOBEMI0FttTb1touNgI-sWxp8IvvJjT6cJIB7uTg6UQPmU0LkE0wfZn8kpg.jpg

11:57 de.rt.com: Inmitten von Spannungen mit der Hisbollah: Israel testet Anti-Schiffsraketen

Der Streit um das Karisch-Gasfeld im Mittelmeer spitzt sich zu. Während Netanjahu dem amtierenden Premier Lapid vorwirft, Zugeständnisse an die Hisbollah bei der Gas-Frage machen zu wollen, droht der Hisbollah-Chef mit Krieg. Die israelische Armee testete inzwischen eine neue Generation von Anti-Schiffsraketen.

Die israelische Marine hat im vergangenen Monat einen erfolgreichen Test der neuesten Generation von Anti-Schiffsraketen durchgeführt, wie das Militär (IDF) und das Verteidigungsministerium am Mittwoch [mitteilten](#). Die Ankündigung erfolgte zu einem Zeitpunkt, an dem die Spannungen zwischen Israel und der libanesischen

Widerstandsbewegung Hisbollah um das umstrittene Karisch-Gasfeld im Mittelmeer zugenommen haben. Nachdem Israel verkündet hatte, den Anschluss der Bohrinself über dem Karisch-Gasfeld an das israelische Pipelinenetz vorzubereiten, drohte der Hisbollah-Chef mit Krieg.

"Die fortschrittlichen Raketen gewährleisteten die Aufrechterhaltung der Überlegenheit der IDF auf See und werden von der Marine bei ihren Missionen eingesetzt, einschließlich des

Schutzes der strategischen Güter des Staates Israel", so das israelische Militär in einer Erklärung."

Die jüngsten Spannungen zwischen den Nachbarn schwelen seit zehn Jahren und drehen sich um rund 860 Quadratkilometer Mittelmeer, die entlang der Grenze beider Länder verlaufen. Die Lage ist zuletzt eskaliert, nachdem Tel Aviv Bohrschiffe in Richtung des Karisch-Gasfeldes zur Ausbeutung von Gasquellen auslaufen ließ. Aus Sicht Israels liegt das Gasfeld in seinen Hoheitsgewässern und nicht innerhalb eines umstrittenen Gebiets, um das es in Verhandlungen mit dem Libanon über die Seegrenze zwischen beiden Staaten geht.

Während sich die von den USA vermittelten Verhandlungen über die Seegrenze zwischen Israel und dem Libanon ihrer Endphase nähern, veröffentlichte Benjamin Netanjahu ein Video auf Twitter, in dem er erklärte, dass Ministerpräsident Jair Lapid angesichts der Drohungen des Hisbollah-Generalsekretärs Hassan Nasrallah völlig zurückgewichen sei. Der ehemalige israelische Premierminister sagte, dass Lapid wegen Nasrallahs Drohungen in Panik geraten sei, und fügte hinzu, dass Lapid Karisch den Libanesen ausliefern wolle – "ein Gasfeld im Wert von Milliarden von Dollar, das der Hisbollah dazu dienen würde, Tausende von Raketen zu beschaffen, die schließlich auf Israel gerichtet werden".

In einem Gespräch mit israelischen Journalisten am Mittwoch in New York bezeichnete Ministerpräsident Lapid die Anschuldigungen Netanjahus, er habe in der Frage umstrittener Gasfelder nachgegeben, als "furchtbar unverantwortlich". Lapid erklärte am Montag, Israel werde die Gasförderung in Karisch "mit oder ohne eine Vereinbarung" über die Seegrenze zum Libanon fortsetzen. Die Hisbollah will ihrerseits offenbar nun alles daransetzen, um Israel davon abzuhalten, auf dem Karisch-Gasfeld Öl und Gas zu fördern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632c17b948fbef083d5e863f.jpg>

Israel hatte schon im Juni eine Bohrinself im Karisch-Gasfeld eingerichtet.

nachmittags:

12:01 de.rt.com: Russisches Militär: 55 Militäranghörige kehren im Rahmen des Austauschs mit Kiew nach Hause zurück

Im Ergebnis der Verhandlungen mit Kiew sind 55 Angehörige der russischen Streitkräfte, der DVR und der LVR von der Ukraine freigelassen worden. Dies berichtete der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow:

"Im Ergebnis der komplizierten Austauschverhandlungen wurden heute Abend 55 Militäranghörige der Streitkräfte Russlands, der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, die sich in Gefangenschaft in Lebensgefahr befanden, aus den von Kiew kontrollierten Gebieten der Ukraine zurückgebracht."

Das Ministerium merkte an, dass alle aus ukrainischer Gefangenschaft zurückgekehrten Soldaten nach Russland gebracht worden seien und sich in medizinischen Einrichtungen

befänden.

In einem [Video](#) sind die ausgetauschten russischen Militärangehörigen zu sehen. Zuvor hatte der Stabschef des ukrainischen Präsidenten, Andrei Jermak, erklärt, dass 215 ukrainische Soldaten, darunter Asow-Kämpfer, wieder auf freiem Fuß seien. Zehn ausländische Söldner kamen ebenfalls aus russischer Gefangenschaft frei.

13:05 (12:05) novorosinform.org: **Eine Granate der Streitkräfte der Ukraine traf in Donezk einen Bus mit Passagieren**

Ukrainische Kämpfer haben einen Bus mit Passagieren beschossen, der an der Markthalle im zentralen Bezirk der Hauptstadt der DVR vorbeifuhr.

Es wurde berichtet, dass die Streitkräfte der Ukraine mehrere Raketen auf den überdachten Markt im Zentrum von Donezk abgefeuert haben, wodurch sechs Zivilisten getötet und ebenso viele verletzt wurden.

In diesem Moment fuhr ein Bus vollert Menschen am Markt vorbei, das Projektil traf das Fahrzeug direkt, so der Militärkorrespondent Juri Kotenok, der Aufnahmen vom Tatort veröffentlichte. Das Video zeigt die Leichen von Zivilisten in Donezk.

„Eine der Granaten im Zentrum von Donezk traf einen Bus voller Menschen“, schrieb der Korrespondent.

Sehen Sie sich das Video von der Szene in unserem [Telegram-Kanal](#) an.



https://www.novorosinform.org/content/images/39/12/53912_720x405.jpg

12:51 de.rt.com: **Ukraine beschießt Markt im Zentrum von Donezk — Lokale Behörden melden fünf Todesopfer**

Beim Beschuss eines Marktes in Donezk durch die ukrainischen Streitkräfte seien fünf Menschen ums Leben gekommen, vier weitere seien verletzt worden. Dies teilte das Hauptquartier der Territorialen Verteidigung der DVR mit:

"Nach vorläufigen Informationen wurden beim Beschuss des Zentrums von Donezk durch die ukrainischen bewaffneten Formierungen fünf Zivilisten getötet und vier weitere Menschen verletzt."

Der Bürgermeister der Stadt Alexei Kulemsin hatte zuvor berichtet, dass die ukrainischen Streitkräfte das Zentrum von Donezk am 22. September mit 155-mm-Artilleriegeschossen beschossen hätten, die von NATO-Ländern geliefert worden seien. Eine Granate soll das Gebäude der wichtigsten Markthalle der Stadt getroffen haben. Kulemsin berichtete auch von einer Munitionsexplosion in der Nähe der Donezker Stadtverwaltung.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632c3b9248fbef61f951ead6.jpg>

Donezk nach einem ukrainischen Beschuss

dan-news.info: Die bewaffneten Formationen der Ukraine haben das Feuer auf das Zentrum von Donezk eröffnet.

Augenzeugen berichten, dass es Treffer auf den überdachten Zentralmarkt, Blumenverkaufspavillons und den Bus Nr. 38 gab.

Auf dem Zentralmarkt gibt es Tote und Verletzte.

Es starben mindestens 6 Menschen, darunter eine 2008 geborenes Mädchen. 6 Menschen wurden verletzt.



https://dan-news.info/storage/c/2022/09/22/1663845760_765577_92.jpg

13:24 de.rt.com: Russlands Verteidigungsministerium: Ukraine verliert Hunderte Soldaten und einen HIMARS-Raketenwerfer

Mehrere Hundert ukrainische Soldaten und ausländische Söldner seien durch russische Luft- und Raketenschläge getötet worden, teilte Russlands Verteidigungsministerium in seinem täglichen Pressebericht mit. Außerdem wurden laut der Behörde mehrere Militärfahrzeuge, darunter ein US-amerikanischer HIMARS-Mehrfachraketenwerfer, zerstört. Der Sprecher des Ministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, erklärte hierzu:

"In der Siedlung Monatschinowka des Gebiets Charkow griffen Russlands Luftstreitkräfte das Personal und die Technik der 93. Mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte an. Es wurden bis zu 100 Militärangehörigen getötet und bis zu 20 Militärfahrzeuge zerstört, darunter ein HIMARS-Mehrfachraketenwerfer."

Weitere Verluste soll die ukrainische 14. Mechanisierte Brigade beim erfolglosen Versuch, den Fluss Oskol zu überqueren, erlitten haben. Dabei seien 30 Soldaten getötet und sechs Schützenpanzer zerstört worden.

Bei einem Luftschlag auf die Stellungen der 65. Mortschützenbrigade, des 19. Schutzmannschaftsbataillons und der ukrainischen Fremdenlegion in der Nähe der Stadt Saporoschje habe die ukrainische Seite insgesamt bis zu 150 Kämpfer und 19 Militärfahrzeuge verloren.

Die 96. Bataillon der 60. Infanteriebrigade soll bei einem russischen Angriff auf seine Stellungen nahe der Ortschaften Nowowosnessenskoje und Miroljubowka des Gebiets Cherson die Kampffähigkeit komplett verloren haben. Die Reste der Einheit haben ihre Stellungen eigenmächtig verlassen, erklärte das Verteidigungsministerium.

14:11 de.rt.com: **Über 3,3 Millionen Flüchtlinge aus dem Donbass in Russland angekommen**

Über 3,3 Millionen Bewohner der Donezker und Lugansker Volksrepubliken sind seit dem 18. Februar nach Russland über das Gebiet Rostow eingereist. Dies teilte am heutigen Donnerstag der stellvertretende Minister für Regionalpolitik und Massenkommunikation Sergei Tjurin mit. Nach Angaben der Nachrichtenagentur TASS sagte er:

"Seit dem 18. Februar 2022 haben nach Angaben des russischen Grenzschutzes über 3,3 Millionen Personen, darunter über 500.000 Kinder, die Grenze des Gebiets Rostow überquert."

14:18 de.rt.com: **Kiew und Moskau tauschen Gefangene aus, darunter Asow-Kämpfer und Medwedtschuk**

Kiew hat über einen Gefangenenaustausch zwischen der Ukraine und Russland berichtet. Demnach sind unter den Ausgetauschten Kommandeure von Asow und der führende ukrainische Oppositionelle Medwedtschuk. Moskau meldet die Rückkehr von insgesamt 55 russischen Gefangenen.

Moskau und Kiew haben Kriegsgefangene ausgetauscht. Dies [meldete](#) die türkische Nachrichtenagentur Anadolu. Der türkische Präsident Erdoğan bezeichnete den Austausch als "wichtigen Schritt in Richtung Frieden" und dankte Wladimir Putin und Wladimir Selenskiy, die ihm zufolge den Austausch ermöglicht haben, so die Tageszeitung.

Nach Angaben der ukrainischen Behörden empfing Russland im Rahmen des Austauschs 50 Gefangene, darunter den ehemaligen ukrainischen Parlamentsabgeordneten und Anführer der ukrainischen politischen Bewegung Ukrainski Wybor ("Ukrainische Wahl") Wiktor Medwedtschuk, während der Ukraine 215 Gefangene übergeben wurden, darunter die Kommandeure des Asow-Bataillons Denis Prokopenko ("Redis") und Swjatoslaw Palamar ("Kalina"). Russische Kriegsberichterstatter berichten über die Freilassung von 87 Gefangenen.

Der Leiter des ukrainischen Präsidialamtes Andrei Jermak gab an, dass insgesamt 108 Asow-Kämpfer aus der Gefangenschaft entlassen worden wären. Die Nachrichtenagentur Strana.ua [veröffentlichte](#) Fotos der Ausgetauschten, auf denen auch der Marinekommandeur der 36. ukrainischen Brigade Sergei Wolyna ("Wolyna") zu sehen ist.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/iaScrSquH2DkJ1XVGO0NOJfPKDMF8ousvfjQkuwLIiW HZ-TYA9fbTYm_o-UTZmLyjmlybewVsIOlkuP8d4YC41p_pxxpvdH1AepZDjzj5IJSEmcN_zi0OUWlw9dWdUZ JKWPINBWwyIlo7ig-jLncrWagb9qqZd-8ij_4Wj0q6udhtV7l3MY4HXLGatQHDE3KWNA6HOB2kMTElRufbz_aAXGv9-vdLfa-I7exX-POkLTL3kJ6NhuSOtNh5RjRuJFAvI8lyqVizQ3nmnuwHjMWkUvu1WNAe12EPFoFEcHDh9pMJRJ2vY1M8snjsltxAxz0tXqxelPd9Y9SH0szDUvqg.jpg

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij erklärte am Donnerstagabend, dass die fünf Asow-Kommandeure im Rahmen des Austauschs bis zum Ende der Feindseligkeiten "unter den persönlichen Garantien des türkischen Präsidenten" in der Türkei bleiben werden. Selenskij sprach am Donnerstagabend auch live mit Beteiligten des Austausches. Er sagte, dass Medwedtschuk "für die ukrainischen Ermittlungen nicht von Interesse" sei. Medwedtschuk ist Geschäftsmann und einer der Anführer der ukrainischen Oppositionsbewegung und war Vorsitzender des politischen Rates der Partei "Oppositionsplattform – Für das Leben". Der russische Präsident ist im Übrigen der Patenonkel von Medwedtschuks Tochter. Am 27. Februar, wenige Tage nach Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine, erklärte Anton Geraschtschenko als Berater des ukrainischen Innenministers, dass Medwedtschuk aus dem Hausarrest geflohen sei. Am 12. April meldete Selenskij, dass der Politiker wieder festgenommen worden sei, und [veröffentlichte](#) ein Foto mit Medwedtschuk in Handschellen.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/YhrWmqdXIpMB6_mhD4ns-mng-ZzoVwUqy_hRadCBOZskaxD8iciVFXdxYIihmMasd88KgnxJjkXF7Ctb_StIMNdb87u0PzEuOyMr_R67MyqrG3eQAxIyNAi_yfOBsuGwlbijHvFrjUDKgx fmiC1o9tl6SF1D-ZG6XNFryE8ql8xeLBmbq4s4NWqsAnAo7gxFBBtPoAl5xIEoa1mqTQrJDdcvz_DN5pdr1EbBHAG6ZAuZFH6xXqNyjqzwAI3T7tavHTP6ivrRmoDx99YRGowwR6Cg-1HdFq8lkyEFHEP1dADv48plweDBB5i02OkFMIIbYlwgeCRxN-nJ-N8lT8JWYw.jpg

Laut Selenskij sind unter den freigelassenen Personen "die ukrainischen Helden Jewgeni Bowa und Lew Paschko, sowie der Fotograf von Asow-Stahl Dmitri Kosazki ('Okrest')". Später schrieb der russische Militärkorrespondent Jewgeni Poddubny, dass Russland bei dem Austausch 87 gefangene Soldaten und Offiziere empfangen habe. Der stellvertretende Informationsminister der DVR, Daniil Bessonow, erklärte seinerseits, dass durch den Austausch Soldaten, die in der Gegend um Charkow gefangen genommen wurden, sowie russische Militärpiloten befreit wurden.

Am heutigen Morgen, dem 22. September, teilte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Generalleutnant Igor Konaschenkow mit, dass 55 Soldaten der russischen Streitkräfte, der DVR und der LVR, die unter Lebensgefahr gefangen gehalten worden waren, als Ergebnis der Verhandlungen aus der Ukraine zurückgebracht worden seien. Das russische Verteidigungsministerium stellte klar, dass alle aus ukrainischer Gefangenschaft zurückgekehrten Militärangehörigen bereits nach Russland transportiert worden sind und sich in medizinischen Einrichtungen befinden.

Am 21. September abends kündigte Saudi-Arabien die Freilassung von zehn Ausländern an, die in der Ukraine in Kriegsgefangenschaft auf russischer Seite geraten waren. Der Austausch sei vom saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman vermittelt worden. Unter den Freigelassenen befinden sich fünf britische Staatsangehörige, zwei US-Amerikaner, ein Marokkaner, ein Schwede und ein Kroat, berichtete Reuters. Wie der Nachrichtensender al-Arabiya unter Berufung auf britische Behörden berichtete, ist unter den Freigelassenen auch

Aiden Aslin, der in der DVR zum Tode verurteilt worden war. Unter ihnen sind ebenso der Brite [Shaun Pinner](#), der Marokkaner Brahim Saadoun und die US-Amerikaner [Alexander Drueke](#) und Andy Huhne, wie saudische Medien und Reuters berichten.

Einen Tag zuvor hatte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan bei seinem jüngsten Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin in Usbekistan erklärt, Russland und die Ukraine hätten sich auf den Austausch von 200 Gefangenen geeinigt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632c4ff948fbef60e33eba16.png>

15:39 (14:39) novorosinform.org: **Die EU erklärte, sie sehe keinen Sinn in Verhandlungen mit Moskau**

Die EU-Staaten seien sich einig, dass Verhandlungen mit der russischen Führung in der aktuellen Realität keinen Sinn haben. Eine solche Erklärung wurde vom offiziellen Vertreter des EU-Auswärtigen Dienstes Peter Stano abgegeben.

Gleichzeitig sagte er, dass die Europäische Union die Kommunikationskanäle mit der Russischen Föderation nicht unterbrochen habe.

„Wir kommunizieren weiter. Aber die Kommunikation findet unter bestimmten Umständen statt. Im Allgemeinen ist uns klar, dass es derzeit keinen Sinn hat, mit der russischen Führung zu verhandeln“, sagte er.

Als Beispiel nannte er ein Treffen mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow in New York. Laut Stano habe ein solches Dialogformat keinen Sinn.

Aus seiner Sicht strebe Russland eine Intensivierung der Konfrontation an und nicht eine friedliche Lösung des Konflikts.



https://www.novorosinform.org/content/images/39/22/53922_720x405.jpg

14:44 de.rt.com: **NATO verlegt angesichts der Spannungen Reservekräfte auf den Balkan**

Bis November findet eine Routineübung der von der NATO angeführten Friedenstruppe KFOR im Kosovo statt. Hierfür sind britische Soldaten in der abtrünnigen serbischen Provinz eingetroffen. Angesichts der Spannungen könnte die Allianz nach eigenen Angaben ihre Truppen noch verstärken.

Die NATO hat Reservetruppen wegen einer anstehenden Übung ins Kosovo verlegt und damit die Präsenz der transatlantischen Allianz in der abtrünnigen serbischen Provinz um bis zu 1.000 Soldaten erhöht. Angesichts der schwelenden politischen Spannungen zwischen Pristina und Belgrad erklärte ein Kommandeur des Bündnisses, dass in naher Zukunft weitere NATO-Truppen entsandt werden könnten.

Oberst [Christopher Samulski](#), ein US-Kommandeur in der Region für die von der NATO angeführten Friedensmission KFOR, erklärte am Mittwoch gegenüber Reportern, dass die Soldaten "im Rahmen einer normalen Notfallplanung" verlegt worden seien. Laut einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters nannte der US-Offizier keine konkreten Zahlen, wie viele Reservisten nun im Kosovo eingetroffen sind. Vor den Reportern im [Camp Bondsteel](#), einem US-Stützpunkt in der abtrünnigen serbischen Provinz, sagte er aber, dass es sich um eine Einheit in der Größe eines Bataillons handle.

Ein Bataillon umfasst in der Regel zwischen 500 und 1.000 Soldaten. Samulski erklärte auch, dass unter anderem die [First Fusiliers](#), ein Infanterie-Regiment der britischen Armee, an der Übung teilnehmen würden.

Normalerweise sind [fast 4.000 Soldaten](#) aus dem Ausland zeitgleich im Kosovo stationiert. Die serbische Provinz hatte im Jahr 2008 ihre Unabhängigkeit von Belgrad erklärt, fast ein Jahrzehnt nachdem die NATO zugunsten von kosovo-albanischen Separatisten einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen das damalige Jugoslawien geführt hatte. 78 Tage lang führte die transatlantische Militärallianz Luftangriffe auf das heutige Serbien durch. Auch Gebiete im heutigen Montenegro wurden bombardiert. Die von den Separatisten ausgerufene Unabhängigkeit des Kosovo wird unter den 193 UN-Mitgliedsstaaten von 97 Staaten anerkannt, von denen die meisten als Verbündete der USA gelten. Serbien selbst – ebenso wie Russland und China, aber auch fünf EU-Mitglieder – gehört zu den Staaten, die die Unabhängigkeit der abtrünnigen Provinz nicht anerkennen.

Die Spannungen zwischen Pristina und Belgrad eskalierten im August dieses Jahres, nachdem die kosovarische Seite ein Gesetz zum Verbot serbischer Einreisedokumente und Kfz-Kennzeichen auf ihrem Gebiet erlassen hatte. Pristina versuchte, die neue Maßnahme durchzusetzen, indem es schwer bewaffnete Spezialkräfte der Polizei in den Norden entsandte, um die Kontrolle über die Grenzlinie zwischen Serbien und dem Kosovo zu übernehmen. Die Serben vor Ort, die in der Region die Mehrheit der Bevölkerung bilden, wehrten sich, indem sie Straßensperren errichteten und sich gewaltsame Zusammenstöße mit Pristinas Spezialkräften lieferten.

Jüngst kam es zu einem Kompromiss bezüglich der als gültig anzuerkennenden Dokumente: Pristina willigte ein, die von Serbien ausgestellten Ausweispapiere für die serbische Bevölkerung auf dem gesamten Gebiet beizubehalten. Belgrad seinerseits erlaubt ab sofort Inhabern von Personalausweisen, die seitens der abtrünnigen Provinz ausgestellt wurden, damit freizügig in das gesamte übrige Territorium Serbiens einzureisen. Bislang musste sie sich provisorische serbische Dokumente einholen.

Doch bei den Autokennzeichen ist der Streit noch nicht komplett beigelegt. Die Regierung in Pristina hatte im Juni erklärt, dass alle Bürger – auch die ethnischen Serben im Norden des Kosovo – von deren Institutionen ausgegebene Nummernschilder haben müssten. Das Gesetz soll am 1. Oktober in Kraft treten. Mit Blick auf dieses Datum sagte der US-Oberst Samulski gestern, dass "andere Reservetruppen, die außerhalb des Kosovo" vorhanden seien, zur Verfügung gestellt werden könnten, "wenn wir sie aufgrund der aktuellen Situation vor Ort für erforderlich halten".

Bereits Mitte August hatte der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärt, dass man im

Falle einer Eskalation der Spannungen in der Region die Truppen der transatlantischen Militäralliance im Kosovo aufstocken werde. So sagte Stoltenberg bei einer Pressekonferenz mit dem serbischen Präsidenten Aleksander Vučić in Brüssel:

"Wenn nötig, werden wir Truppen verlegen, sie dort einsetzen, wo sie gebraucht werden, und unsere Präsenz verstärken. Wir haben die Präsenz im Norden bereits erhöht. Und wir sind bereit, mehr zu tun."

Der serbische Präsident hatte jüngst Pristina vorgeworfen, durch die Entsendung von Spezialkräften in die Grenzregionen die Sicherheit seines Landes zu gefährden. Nachdem er zuvor versprochen hatte, "unser Volk" im Kosovo notfalls vor "Verfolgung und Pogromen" zu schützen, warnte Vučić am Dienstag in Belgrad die Abgeordneten, dass "die Gefahr nahe, objektiv und ernst ist".

Die angekündigte Ausbildung der Reservetruppen soll vom 27. September bis 2. November andauern. Danach sollen, so der Plan, die eingetroffenen Kräfte laut Ankündigung aus der Region wieder abziehen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632c0a90b480cc03314242d7.jpg>

Soldaten der NATO-geführten Friedensmission im Kosovo (KFOR) am 13. Dezember 2018 in der Nähe von Leposavić, einer mehrheitlich serbischen Gemeinde im Norden des Kosovo, wegen der Spannungen werden nun auch weitere NATO-Truppen in die abtrünnige serbische Provinz entsandt.

denis-pushilin.ru: **Denis Puschilin zum Gefangenenaustausch**

Am 22. September erklärte der Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin in einem Interview mit Ria Nowosti, dass im Ergebnis eines Gefangenenaustausches mit dem ukrainischen Regime 55 Soldaten Russlands, der DVR und der LVR befreit wurden.

„Der Gefangenenaustausch mit dem ukrainischen Regime ist abgeschlossen. Es wurden 56 Menschen befreit, 55 von ihnen sind Soldaten, fünf davon aus dem Donbass. Andrej Nikolajewitsch Sawalnyj, Dmitrij Wladimirowitsch Mogilewitsch, Andrej Alexandrowitsch Gubanow, Igor Walentinowitsch Shownerenko, das sind einfache Soldaten aus der Donezker Volksrepublik. Und Andrej Andrejewitsch Mischtschenko, ein Gefreiter aus der Lugansker Volksrepublik. Die übrigen sind Soldaten der Russischen Föderation. Das sind Leute, die ihr Leben und ihre Gesundheit riskiert haben, um den Donbass zu befreien. Unsere Pflicht war, alles uns Mögliche zu tun, um sie zu befreien“, berichtete der Oberhaupt der DVR.

Denis Puschilin teilte auch mit, dass unter den ausgetauschten Personen Wiktor Medwedtschuk ist.

„Aus der Gefangenschaft befreit wurde Wiktor Medwedtschuk. Ich sage Ihnen, dass allein vor meinen Augen im Rahmen des Minsker Prozesses und außerhalb von diesem unter Beteiligung Wiktor Medwedtschuks mehr als 1000 unserer Leute befreit wurden, die unten den Bedingungen, unter denen sie gefangen gehalten wurde, einfach nicht überlebt hätten. Das sind im Grunde Gestapo-Kerker“, unterstrich der Staatsoberhaupt.

Er fügte hinzu, dass der Austauschprozess „unter schwierigen Bedingungen stattfand“. Aber

die Aufgabe zur Befreiung von Soldaten der verbündeten Kräfte aus der Gefangenschaft wurde erfüllt.

„Unsere Aufgabe war es, in kürzester Frist so viele unserer Leute wie möglich nach Hause zu holen. Deshalb waren wir zu einem solchen Preis bereit. Wir haben 215 Menschen übergeben, ein Teil von ihnen Vertreter der nationalistischen Bataillone, da sind Kriegsverbrecher. Wir wussten das alle sehr gut, aber die Aufgabe war, unsere Leute in kürzester Frist zurück zu bringen“, erklärte das Republikoberhaupt.

Denis Puschilin sprach über seine Gefühl während des Austausches und unterstrich, dass die weiteren Pläne der Republik unverändert sind.

„Ich hatte die selben Emotionen, die die Menschen haben, die Vergeltung und Gerechtigkeit gegenüber diesen Kriegsverbrechern fordern. Aber als ich den Erlass unterzeichnete, hatte ich auch andere Emotionen und Gefühle. Ich erinnerte mich daran, wie man den Leuten, die man aus der Gefangenschaft holt, in die Augen schaut. Ihren Frauen, Müttern, ihren Kindern in die Augen schaut. Und das war für mich vorherrschend.

Deshalb müssen wir hier begreifen, dass das Leben unserer Leute wichtiger als alles andere ist: Wir haben nicht das Recht die Unsigen im Stich zu lassen und wir lassen sie nicht im Stich. Nun, und wir müssen uns dann im Weiteren mit kühlem Kopf zum Sieg bewegen. Was wir auch tun werden“, fasste Denis Puschilin zusammen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632c521848fbef621f049aa3.jpg>

15:40 de.rt.com: "Nicht irgendwelche rechten Gruppen" – Wachsende Proteste gegen die Bundespolitik

In Deutschland hat der "heiße Herbst" begonnen. Bundesweit gehen zehntausende Menschen auf die Straßen, um gegen die Energiepolitik der Regierung zu demonstrieren. Bei den Protesten machen auch Bürgermeister und andere Kommunalpolitiker ihrem Ärger Luft. Bei zahlreichen Protesten gegen die hohen Energiepreise haben in dieser Woche bundesweit zehntausende Bundesbürger ein Ende der Sanktionen gegen Russland sowie Kostenentlastungen durch die Politik verlangt – und die Zahl der Demonstranten steigt wöchentlich. Allein in Stralsund, Mecklenburg-Vorpommern, gingen bei einer Demonstration am Mittwochabend nach Angaben der Polizei etwa 4.000 Menschen auf die Straße. Angemeldet waren ursprünglich nur 30.

Zu der Protestaktion aufgerufen hatte die Wählergemeinschaft "Bürger für Stralsund", die unter anderem auch den sofortigen Rücktritt der Bundesregierung fordert. Neben verärgerten Steuerzahlern und Unternehmern waren dem Aufruf sowohl Kommunalpolitiker als auch Stralsunds CDU-Oberbürgermeister Alexander Badrow gefolgt. Dieser hatte auf Facebook und Instagram zuvor auch Werbung für die Protestaktion gemacht. Das Landes-

Innenministerium untersucht nun, ob er damit gegen seine Neutralitätspflicht verstoßen hat – ein Vorwurf, den der Kommunalpolitiker entschieden zurückweist.

Er habe den Aufruf als Privatperson geteilt, und als solche werde er auch auf die Demonstration gehen, erklärte Badrow gegenüber dem NDR. Die "Bürger für Stralsund" stünden "wirklich in der Mitte der Gesellschaft", es handle sich nicht um "irgendwelche rechten Gruppen". Der CDU-Politiker teile lediglich die Sorge seiner Bürger, dass die Regierung keinen Plan zur Bewältigung der Krise habe. Bereits am Montag hatten nach Angaben des Innenministeriums landesweit rund 12.700 Menschen demonstriert – etwa doppelt so viele wie eine Woche zuvor.

Auch im thüringischen Bad Langensalza waren am Montag etwa 1.000 Menschen einem Aufruf des parteilosen Bürgermeisters Matthias Reinz gefolgt. In seiner Rede warnte der Bürgermeister vor den "aus dem Ufer geratenen" Konsequenzen der von der Bundesregierung verfolgten Energiepolitik. Daraus resultierende Probleme seien in ihrer Größe nicht absehbar, mahnte Reinz und kündigte zugleich weitere Protestaktionen an. Wie die Polizei mitteilte, gingen in Thüringen am Montag insgesamt rund 18.000 Menschen auf die Straße. Das waren etwa 3.000 mehr als noch vor einer Woche. Die größte Kundgebung fand jedoch in Gera statt, mit etwa 2.200 Teilnehmern.

In Sachsen-Anhalt meldete das Innenministerium etwa 12.000 Demonstranten bei landesweit 42 Versammlungen. In Brandenburg und Sachsen protestierten 3.700 Menschen. Die Demonstrationen richteten sich auch gegen die Corona-Maßnahmen und gegen den Krieg in der Ukraine. Unter dem Motto "Nicht mit uns! Wir frieren nicht für Profite!" gingen in Erfurt mehr als 1.000 Teilnehmer auf die Straße. Den Protest hatte der Deutsche Gewerkschaftsbund mobilisiert.

In Brandenburg an der Havel hatte in dieser Woche das "Bündnis für Frieden" zu einer Demo gegen die Energie- und Außenpolitik der Bundesregierung aufgerufen. Etwa 1.500 Teilnehmer beteiligten sich an der Aktion. Mitorganisiert wurde der Protest auch dort von Kommunalpolitikern, darunter dem Linken-Politiker Bernd Lachmann. Doch für ihn könnte der Auftakt zum "heißen Herbst" in Brandenburg nun Folgen haben, weil auch Mitglieder der Querdenker-Szene sowie der AfD-Landtagsabgeordnete Lars Hünich mitdemonstrierten. Getreu der anhaltenden Hexenjagd gegen Andersdenkende wird Lachmann von seiner Partei jetzt vorgeworfen, sich "nicht klar genug von der rechten Szene distanziert" zu haben. Er wolle aber trotz allem weiter machen, so Lachmann.

Mit den gegen den Linken-Politiker erhobenen Vorwürfen beteiligen sich Teile der Linke somit an dem bereits seit Wochen aufkeimenden Framing, wonach die Demonstrationen – ähnlich wie bei den Protesten gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen – erst von Extremisten unterwandert, und die Demonstranten dann gegen den Staat aufgehetzt würden. Demnach liegen dem Verfassungsschutz angeblich bereits Erkenntnisse darüber vor, dass vor allem Rechtsextremisten und Reichsbürger das mögliche Protestgeschehen instrumentalisieren oder sogar anfachen wollen.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) kündigte in diesem Zusammenhang kürzlich zudem an, "noch stärker gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Verschwörungstheorien" vorgehen zu wollen. "Demokratiefeinde warten nur darauf, Krisen zu missbrauchen, um Untergangsfantasien, Angst und Verunsicherung zu verbreiten", sagte sie der Rheinischen Post. Und sie ergänzte:

"Wir beobachten extremistische Mobilisierungsversuche sehr genau."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632bfffac48fbef48e131739d.jpg>

15:41 de.rt.com: **Bund berät über Zukunft von Gazprom-Tochter**

Nach der angekündigten Verstaatlichung des Energiekonzerns Uniper könnte der Staat bei einem weiteren Energieunternehmen eingreifen. Dabei handelt es sich um die Securing Energy for Europe (Seфе), die bereits unter Treuhänderschaft der Bundesnetzagentur steht. Nach einem Spiegel-Bericht soll Seфе in den Besitz des Staates übergehen. Das Unternehmen ist eine Tochtergesellschaft des russischen Staatskonzerns Gazprom. Eine Sprecherin von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) sagte am Donnerstag auf Anfrage, innerhalb der Bundesregierung liefen die Gespräche über die Zukunft von Seфе. Nähere Details könne sie aktuell nicht nennen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632c62a248fbef60e33eba2b.jpg>

Logo der SEFE Securing Energy for Europe GmbH, die bis 20. Juni 2022 unter dem Namen Gazprom Germania GmbH firmierte

16:05 de.rt.com: **Kiew-Vertreter preist Ukraine als perfektes Testgelände für neue US-Waffen**

Die westlichen Staaten schicken bereits massiv Waffen in die Ukraine. Doch nun ermutigt der stellvertretende Verteidigungsminister des Landes die Staaten, Kiew auch neues Material zur Verfügung zu stellen. Ein Siegel "Bewährt durch den Krieg in der Ukraine" könnte deren Verkauf ankurbeln.

Der stellvertretende Verteidigungsminister der Ukraine Wladimir Gawrilow empfahl den US-Rüstungsfirmen, ihre neuen Waffen in die Ukraine zu schicken, damit sie im Kampf gegen die russischen Streitkräfte getestet werden können.

Gawrilow machte diesen Vorschlag am Mittwoch bei einer Rede auf der jährlich stattfindenden Konferenz "Future Force Capabilities Conference and Exhibition" in Austin im

US-Bundesstaat Texas. Er sprach vor Hunderten von Vertretern der US-amerikanischen Rüstungsindustrie und Mitarbeitern der militärischen Beschaffungsbehörde. Organisiert wird die Veranstaltung von der Nationalen Vereinigung der Verteidigungsindustrie – [National Defense Industrial Association](#) (NDIA) –, zu deren Mitgliedern Rüstungsgiganten wie Raytheon Technologies oder Lockheed Martin gehören.

"Wenn Sie Ideen oder Pilotprojekte haben, die vor der Massenproduktion getestet werden sollen, können Sie sie uns schicken, und wir werden Ihnen erklären, wie man sie realisiert." Laut einem Bericht der Plattform Military Times sagte Gawrilow weiter:

"Und am Ende werden Sie den Siegel erhalten – bewährt durch den Krieg in der Ukraine. Sie werden es leicht verkaufen können."

Nach Angaben des stellvertretenden Verteidigungsministers hätten Start-up-Unternehmen, darunter solche, die sich mit der Entwicklung von Drohnen- und Störausrüstung beschäftigen, bereits neue Technologien auf das ukrainische Schlachtfeld gebracht.

"Und sie kommen mit einem Produkt zurück, das jetzt auf dem Markt wettbewerbsfähig ist, da es in einem Kampfgebiet getestet wurde", fügte Gawrilow hinzu, ohne die Unternehmen genau zu benennen, die in dieser Eigenschaft mit der Ukraine zusammengearbeitet hätten. Die Äußerungen Gawrilows fielen auf den Tag, an dem der russische Präsident Wladimir Putin eine [Teilmobilmachung](#) ankündigte, die seiner Meinung nach notwendig sei, weil Russland in der Ukraine gegen "die gesamte westliche Militärmaschinerie" kämpfe. Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu erklärte wenig später, dass rund 300.000 Reservisten einberufen werden sollen.

Angesichts dieser veränderten russischen Taktik werde Kiew mehr Technologien zur Drohnenabwehr und elektronischen Kriegsführung, gepanzerte Fahrzeuge sowie Panzerabwehr- und Präzisionswaffen mit großer Reichweite benötigen, so Gawrilow. Laut Schoigu sei die Ukraine nun fast vollständig von Waffenlieferungen aus den USA, dem Vereinigten Königreich, der EU und anderen Ländern abhängig, da die meisten der sowjetischen Waffen, über die sie vor Beginn der Kämpfe Ende Februar verfügt hatten, von den russischen Streitkräften zerstört wurden.

Moskau kritisiert den Westen seit Langem für die Waffenlieferungen an Kiew, da diese die Kämpfe nur verlängern und das Risiko einer direkten Konfrontation zwischen Russland und der NATO erhöhen. So warnte der russische Außenminister Sergei Lawrow am Mittwoch: "Die USA stehen in der Tat kurz davor, durch ihre Politik zu einer Konfliktpartei zu werden."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632c4a6fb480cc7cce29a559.jpg>

Ein ukrainischer Soldat steht am 20. September 2022 auf einem zerstörten Panzer in der Region Charkow, Ukraine.

16:13 de.rt.com: **Peskow bezeichnet Spekulationen über angebliche Mobilisierung von bis zu 1 Million Bürgern als Lüge**

Der russische Präsidentsprecher Dmitri Peskow hat Berichte über angebliche Pläne der Regierung zur Mobilmachung von 1 Million Russen dementiert. Auf die Frage der russischen

Nachrichtenagentur TASS antwortete er:

"Das ist eine Lüge."

Am 21. September kündigte der russische Präsident Wladimir Putin die Teilmobilisierung an und unterzeichnete den entsprechenden Erlass. Dieser umfasst insgesamt zehn Punkte, wobei der siebte nicht offiziell veröffentlicht wurde.

Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu betonte, dass im Rahmen der angekündigten Teilmobilisierung 300.000 Personen eingezogen werden sollen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632c673b48fbef083d5e86c6.jpg>

16:45 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen Volksrepublik Donezk weiter**

Die ukrainischen Truppen sollen die Städte Donezk und Gorlowka sowie das Dorf Nowobachmutowka beschossen haben. Dabei seien Geschosse des 155-Millimeter-NATO-Kalibers eingesetzt worden. Dies [meldet](#) die Vertretung der LVR beim Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordination am Donnerstag.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632c6ab348fbef60e33eba37.jpg>

Bruchstücke des HIMARS-Geschosses

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 22. September 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 40 befreiten Ortschaften wurden Renten und Sozialunterstützung ausgezahlt.

Die Arbeit zur Inbetriebnahme einer Basisstation in Mariupol wurden fortgeführt. Die

Arbeiten zur Inbetriebnahme einer 4G-Basisstation an einem Kommunikationsobjekt in Ursuf wurden abgeschlossen.

Mehr als 5300 Menschen wandten sich an Einrichtungen des Gesundheitswesens.

In Mariupol, Wolnowacha und Luganskoje gehen die Reparaturarbeiten am Gasversorgungssystem weiter.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 65 Hektar Territorium kontrolliert und 237 explosive Objekte entschärft.

Spezialisten der Elektrizitätswerke führen weiter Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in Kominternowo, Wolnowacha, Mariupol und Mironowskij durch. In Mariupol und Wolnowacha wurden Haushalte angeschlossen.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. Infolge von Angriffen haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:19 de.rt.com: **Zentrale Wahlkommission von DVR meldet vollständige Bereitschaft zur Durchführung von Referendum**

Der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission der Donezker Volksrepublik Wladimir Wysozki hat erklärt, dass die Republik voll und ganz bereit sei, das Referendum über den Beitritt zur Russischen Föderation abzuhalten:

"Die Bereitschaft unseres Wahlsystems beträgt 100 Prozent. Wir sind voll und ganz bereit."

Wysozki wies darauf hin, dass die Wählerlisten erstellt worden seien. Mehr als 1,5 Millionen Stimmzettel seien gedruckt worden. Die Referenden in den D/LVR finden vom 23. bis 27. September statt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632c6b5848fbef083d5e86cb.jpg>
Stimmzettel für das Referendum im Gebiet Saporoschje

17:56 de.rt.com: **Lynne Tracy wird neue US-Botschafterin in Moskau**

Moskau genehmigt die Ernennung von Lynne Tracy zur US-Botschafterin in Russland. Tracy wird als erste Frau dieses Amt übernehmen. Zuvor diente sie als US-Botschafterin in Armenien.

Tracy habe die Zustimmung des russischen Außenministeriums für ihren Amtsantritt, das sogenannte Agrément, erhalten, sagte Vize-Außenminister Sergei Rjabkow am Donnerstag laut der Agentur TASS.

Zuvor hatte US-Präsident Joe Biden die Diplomatin als neue Botschafterin der Vereinigten Staaten in Moskau nominiert. Das teilte das Weiße Haus am Dienstag in Washington mit. Vorher war sie den Angaben zufolge leitende Beraterin für Russland im Büro für europäische und eurasische Angelegenheiten des US-Außenministeriums und als stellvertretende Missionsleiterin in der US-Botschaft in Moskau tätig.

Nach den Regeln des diplomatischen Protokolls stimmt die Regierung des Gastlandes, also Russland, der Personalie vor der Nominierung durch den US-Präsidenten zu.

Tracy hatte mehrere Führungspositionen inne, insbesondere leitete sie die US-Botschaft in Kasachstan, das US-Konsulat in Pakistan, und war stellvertretende Leiterin der diplomatischen Vertretung in Turkmenistan. Sie dient derzeit als US-Botschafterin in Armenien. Tracy spricht unter anderem Russisch.

Die Diplomatin wird inmitten schwerer Spannungen zwischen Russland und den USA in Moskau ankommen. Zu den dringendsten Themen auf der Agenda der beiden Staaten gehören der Krieg in der Ukraine, der gegenseitige Gefangenenaustausch oder auch Verhandlungen über die atomare Rüstungskontrolle.

Der vorherige US-Botschafter in Moskau, John Sullivan, hatte Russland Anfang des Monats verlassen, um in den Ruhestand zu gehen. Er betonte, dass das vorzeitige Ende seiner Befugnisse nichts mit dem Vorgehen Russlands in der Ukraine zu tun habe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632c3241b480cc684412c8a5.jpg>

Lynne Tracy am 9. Dezember 2019 in Jerewan, Armenien

abends:

18:17 de.rt.com: **Kursker Gouverneur: Ukrainisches Militär beschießt Grenzdorf Jelisawetowka**

Die Ukraine beschiesse das Grenzdorf Jelisawetowka im russischen Gebiet Kursk. Dies teilte der Gouverneur des Gebiets Roman Starowoit auf seinem Telegrammkanal mit. Wörtlich [hieß](#) es:

"Die ukrainischen Streitkräfte beschießen das Grenzdorf Jelisawetowka im Bezirk Gluschkowski. Über die Einzelheiten werde ich später berichten."

Dies ist mindestens der fünfte Beschuss der Siedlung seit Beginn der russischen Sonderoperation in der Ukraine. Bei einem der letzten Angriffe Ende August schlugen Geschosse in die Dächer und Fenster von sechs Häusern in Jelisawetowka ein. Es gab keine Verletzten.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 22.09.22

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **mehr als 220 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, Panzern, Rohrartillerie des Kalibers 155 und 152mm sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starben 6 Zivilisten und 7 wurden verletzt**. 8 Gebäude und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch gesammelt.

Die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) werden weitergeführt. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

18:48 de.rt.com: Guterres: UN-Untersuchungsmission soll nach Erhalt aller Garantien nach Jelenowka gehen

Die UN-Mission zur Untersuchung des Angriffs auf das Untersuchungsgefängnis bei der Siedlung Jelenowka werde nach Erhalt aller Sicherheitsgarantien dorthin gehen. Dies gab Guterres bei einer Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates zum Ukraine-Krieg am Donnerstag bekannt. Die russische Nachrichtenagentur TASS veröffentlichte seine Erklärung wörtlich: "Die Untersuchungsmission, die ich nach der Tragödie in Jelenowka am 29. Juli eingerichtet habe, ist einsatzbereit, sobald wir alle notwendigen Sicherheitsgarantien erhalten."

Darüber hinaus rief UN-Generalsekretär António Guterres die Länder auf, auf den Einsatz von Atomwaffen zu verzichten, und hob hervor, dass dieser "sinnlose Krieg ein grenzenloses Potenzial habe, sowohl in der Ukraine als auch in der ganzen Welt schrecklichen Schaden anzurichten".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632c7a9548fbef622338776e.jpg>

Das Untersuchungsgefängnis in Jelenowka, das am 27. Juli von den ukrainischen Streitkräften beschossen wurde

19:22 de.rt.com: Weitere Erklärung des Verteidigungsministeriums Russlands zur

Teilmobilisierung in Russland

Vor allem sollen diejenigen eingezogen werden, die für die Erfüllung der Aufgaben benötigt werden. Das sind Schützen, Panzerfahrer, Artilleristen, Fahrer und Mechaniker. Eine weitere wichtige Bedingung sei die Kampferfahrung. Dies berichtet die russische Nachrichtenagentur [TASS](#) am Donnerstag unter Berufung auf den Sprecher des Verteidigungsministeriums, Wladimir Zimljanski.

Nach russischem Recht werden einfache Soldaten und Sergeants unter 35 Jahren, Unteroffiziere unter 50 Jahren und Offiziere unter 55 Jahren aus der Reserve mobilisiert. Die Teilmobilisierung betrifft nicht die Mitarbeiter von Verteidigungsunternehmen, aus gesundheitlichen Gründen Wehruntaugliche sowie Menschen, die kranke und behinderte Familienangehörige pflegen. Außerdem werden diejenigen nicht mobilisiert, die vier oder mehr Kinder unter 16 Jahren haben, sowie jene, deren alleinerziehenden Mütter vier oder mehr Kinder unter acht Jahren haben. Zuvor hatte Verteidigungsminister Sergei Schoigu hervorgehoben, dass weder Studierende noch junge Rekruten mobilisiert werden sollen. Darüber hinaus seien etwa 10.000 Russen bereits von sich aus zu den Militärregistrierungs- und Einberufungsämtern gekommen, ohne auf eine Vorladung zu warten.



[https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632c940448fbef622338777e.jp](https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632c940448fbef622338777e.jpg)

[g](#)

Ein russischer Militärausweis